Datum: 27.01.2016
 Amt: Ortsbauamt
 Verantwortlich: Laib, Ulrike
 Aktenzeichen: 632.21
 Vorgang: ATU-Sitzung (ö) 01.12.15 - Drucksache 176/2015

Unterschrift

Beratungsgegenstand

**Bauvoranfrage
 Reichenbachstraße 15, Flst. 901/2
 - Errichtung eines Zaunes**

**Ausschuss für 15.03.2016 öffentlich beschließend
 Technik und Umwelt**

Anlagen:
 Auszug Bebauungsplan
 Luftbild
 Foto mit Auto
 Foto Sicht aus Auto

Kommunikation:
 Priorität E: ./.

Finanzielle Auswirkungen Ja Nein

Ergebnishaushalt
 Teilhaushalt: Produktgruppe:
 Investitionsmaßnahme
 Investitionsauftrag:

Ausgaben in €		lfd. Jahr	Folgejahr(e)	davon VE
	Planansatz			
	üpl / apl Gesamt			

Einnahmen in €		lfd. Jahr	Folgejahr(e)
	Planansatz		
	üpl / apl Gesamt		

Beschlussvorschlag:

1. Von der Sachdarstellung der Verwaltung wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Die Gemeinde erteilt der vorliegenden Bauvoranfrage ihr Einvernehmen nach § 36 Abs.1 BauGB **nicht**.

Sachdarstellung:

Im Rahmen einer Bauvoranfrage soll geklärt werden, ob die Errichtung eines Zaunes entlang den Grundstücksgrenzen der Reichenbachstraße 15 möglich ist.

Der maßgebende Bebauungsplan „Reichenbachstraße und Haldenstraße“, rechtskräftig seit 15.03.1968, enthält ein Sichtfeld 30/80 Meter. Die Gestaltung der Einfriedungen ist mit bergseitig, Sockelmauer bis 1,00 Meter, und talseitig, Rabattplatte, Hecke bis 0,50 Meter festgesetzt.

Nach Beratung wurde in der Sitzung des Ausschusses für Technik und Umwelt am 01.12.2015 das gemeindliche Einvernehmen für eine Gesamthöhe der Einfriedung von maximal 1,80 Meter und Belassung der vorhandenen Hecke, bzw. einer Neupflanzung beschlossen.

Im Rahmen des weiteren Verfahrens bei der Baurechtsbehörde erfolgten Stellungnahmen der Verkehrsbehörde und des Regierungspräsidiums.

Aus der Stellungnahme der Verkehrsbehörde ist, laut Baurechtsbehörde, zu entnehmen, dass ein Sichtwinkel nach dem bestehenden Regelwerk einzuhalten ist. Die Kriterien für das Sichtfeld sind in den Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) geregelt. Dies bedeutet, dass in diesem Fall in einem Abstand von 3 Meter zur Schorndorfer Straße ein Sichtfeld von 70 Meter Richtung Ortsmitte freigehalten werden müsste.

Nach diesem Regelwerk wird das Sichtfeld von der geplanten Einfriedung tangiert.

Auch das Regierungspräsidium sieht eine Verschlechterung der Sichtverhältnisse, da der der Grenze folgende, gekrümmte Verlauf des Zaunes in der Kurvensicht die Sichtverhältnisse eher einschränkt.

Die letztendliche Festlegung des Sichtfeldes obliegt dem Straßenbaulastträger der untergeordneten Straße, das heißt der Gemeinde Reichenbach an der Fils. Deshalb hat die Baurechtsbehörde die Gemeinde um Mitteilung gebeten, ob sie als Straßenbaulastträger gegen die Lage der Einfriedung innerhalb des Sichtfeldes Bedenken hat, bzw. ob an der Bedingung die vorhandene Hecke zu belassen oder neu zu pflanzen, festgehalten wird.

Die Verkehrsbehörde als auch das Regierungspräsidium sprechen sich gegen eine Einfriedung im Bereich des Sichtfeldes aus.

Durch die vorhandene 50 cm hohe Hecke ist ein von der Ortsmitte auf der Schorndorfer Straße fahrendes Auto im Kreuzungsbereich ab einer Entfernung von ca.50 Meter zu sehen.

Von Seiten der Verwaltung wird deshalb vorgeschlagen, der vorliegenden Bauvoranfrage das Einvernehmen der Gemeinde nach § 36 Abs.1 BauGB **nicht** zu erteilen.